



Bild: © STIMA @ fotolia.com

Theater, Büchereien und Schwimmbäder retten! Den Ausverkauf öffentlicher Güter stoppen!

Kommunen im Schatten der Globalisierung

Wir kommunizieren und reisen global. Lebensmittel und Kleidung kommen aus aller Welt. Unsere Kinder fühlen sich den US-amerikanischen Teenagern aus beliebten Fernsehserien näher als manchen in ihrer Schulklasse. Raum- und Zeitdistanz scheinen sich in einer globalisierten Welt aufzulösen.

Aber zugleich findet unser tägliches Leben nach wie vor in den Städten und Gemeinden statt. Dort wohnen und arbeiten wir, lernen, genießen Kultur und erholen uns. Und an diesen Orten wird auch darum gestritten, wie die Grundlagen unseres Lebens aussehen!

Städte betreiben Standortmarketing, erschließen Baugebiete und senken ihre Gewerbesteuer, um Investoren anzulocken. Das haben sie auch vor 30 Jahren schon getan. Neu ist, dass die Kommunen heute nicht mehr mit der Nachbargemeinde oder der Stadt in einem anderen Bundesland konkurrieren, sondern mit Städten rund um den Globus. Sie werden zu international agierenden Wettbewerbsstandorten, viele können bei diesem Wettlauf nicht mithalten. Die Folge ist ein Nebeneinander von wenigen boomenden und vielen ökonomisch stagnierenden oder absinkenden Kommunen und Regionen. Mit ihrer zunehmenden Integration in den Weltmarkt sind die Städte und Gemeinden gleichzeitig auch abhängiger geworden.

Kommunen in Not!

Wenn die Weltwirtschaft ins Stocken gerät, steigen mit der Zahl der Erwerbslosen die sozialen Kosten für die Kommunen. Es fallen Gewerbesteuereinnahmen weg. Dazu kommt: Bund und Länder haben über Jahre mit Steuerpolitik und Verteilungsbeschlüssen viele Städte und Gemeinden an den Rand des Bankrotts gebracht. Überschuldete Kommunen werden zur Regel.

Das alles kostet Lebensqualität vor unserer Haustür! Freiwillige Einrichtungen wie Theater, Bibliotheken und Schwimmbäder werden geschlossen – oder die Nutzungsgebühren steigen drastisch. Klamme Kommunen schieben notwendige Investitionen hinaus. Das Deutsche Institut für Urbanistik (DifU) hat ausgerechnet, dass es aktuell einen „Investitionsstau“ von 75 Milliarden Euro gibt – allein für bauliche Maßnahmen wie Schulen, Abwasserkanäle, öffentliche Gebäude, usw.

Gerade die Ärmsten geraten in Bedrängnis, wenn es keine bezahlbaren Kindertagesstätten mehr gibt oder Straßenbahn- und Buslinien eingestellt werden. Teilhabe am öffentlichen Leben wird teurer; Freizeit, Bildung und Kultur, unsere gesamte Lebensqualität leidet unter der kommunalen Notlage.

Zeit für unsere Einmischung!

Es geht um Schwimmbäder und Büchereien. Und um mehr. Angesichts der finanziellen Krise der Kommunen ist es wichtiger denn je, über den Tellerrand hinaus zu schauen und gemeinsam mit vielen anderen Menschen, mit Schauspielern, Schwimmvereinen, Bücherfreundinnen, Kindergarteneltern usw. die Grundlagen der Gemeindefinanzierung zur Diskussion zu stellen.

Bittere Erkenntnis: Banken und Konzerne verdienen an armen Kommunen

Um aus den roten Zahlen des Kommunalhaushaltes heraus zu kommen, setzen viele Kommunen auf Privatisierung oder „Öffentlich-Private Partnerschaften“ (Public-Private-Partnership, PPP). Ein gefährlicher Trugschluss.

Schon die Grundüberlegung ist fragwürdig. Wenn ein zuvor von der Stadt betriebenes Krankenhaus nun einem Investor Gewinne bescheren soll, muss irgendwo zusätzliches Geld herkommen oder eingespart werden. Schlechtere Versorgung, Arbeitsplatzabbau, schlechtere Beschäftigungsbedingungen oder steigende Preise sind die häufigsten Folgen.

Hinzu kommen gefährliche Vereinbarungen in meist geheim gehaltenen Verträgen: Da müssen Kommunen über Jahre überhöhte Mieteinnahmen oder Mindestdividenden für die privaten Partnerschaften garantieren. Kommunen werden zu Bürgschaften für private Investoren gedrängt, an denen nur die Banken verdienen.

Die Erfahrung zeigt: Unter dem Strich wird es für die Kommunen teurer und sie verlieren wichtige Gestaltungsmöglichkeiten. Mehrere Landesrechnungshöfe raten davon ab, PPP zu verabreden. Damit Städte und Gemeinden solche „Deals“ selbstbewusst ablehnen können, muss ihre Finanzierungsgrundlage auf andere Füße gestellt werden!



Kommunen aus der Krise steuern!

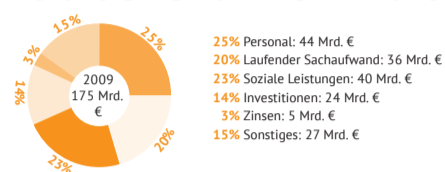
Wir machen uns deshalb gemeinsam – und über Parteigrenzen hinweg – stark für eine neue Finanzierungsgrundlage der Kommunen.

Wir kämpfen dort mit, wo Schließungen oder Privatisierung oder Gebührenerhöhung drohen – und fordern gemeinsam bundesweit die gemeinwohlorientierte Alternative ein! Denn es ist möglich, die Kommunen aus ihrer Krise zu steuern!

Das 5-Punkte-Paket für lebendige Städte und Gemeinden:

1. Stopp des Ausverkaufs der kommunalen Infrastruktur durch Privatisierung und PPP, statt dessen eine Stärkung und Rückgewinnung demokratischer Kontrolle über öffentliche Güter!
2. Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzsteuer.
3. Erhöhung des kommunalen Anteils am Gesamtsteueraufkommen von derzeit 12 Prozent auf 20 Prozent.
4. Einführung eines BürgerInnen-Budgets, so dass die Menschen vor Ort mitbestimmen, was in ihrer Stadt oder Gemeinde geschieht.
5. Einrichtung einer Städte- und Gemeindekammer, damit Kommunen endlich mitsprechen können, wenn es um Ihre Belange geht.

WOFÜR GEBEN DIE GEMEINDEN IHR GELD AUS?



WOHER BEKOMMEN GEMEINDEN IHR GELD?



Grafik nach: Verdi / Quelle: Gemeindefinanzbericht 2009

DAS 5-PUNKTE-PAKET FÜR LEBENDIGE STÄDTE UND GEMEINDEN IM DETAIL

1. AUSBAU STATT AUSVERKAUF KOMMUNALER INFRASTRUKTUR

Für ihre künftige Handlungsfähigkeit brauchen die Kommunen eine eigene, lokal gestaltbare Infrastruktur mit vielfältigen kommunalen Einrichtungen.

Bereits begonnene Privatisierungsvorhaben müssen gestoppt, bereits privatisierte Bereiche rekommunalisiert werden.

Die noch bestehenden (und nur die privaten Unternehmen schützenden) rechtlichen Schranken für die kommunale Wirtschaftstätigkeit in den Bundesländern müssen beseitigt werden. Kommunale Unternehmen brauchen gleiche Chancen und Möglichkeiten wie private Unternehmen.

2. GEMEINDEFINANZEN STÄRKEN: GEMEINDEWIRTSCHAFTSSTEUER EINFÜHREN

Mit der heutigen Gewerbesteuer wird nur ein kleiner Teil der Unternehmenswirtschaft in den Kommunen erfasst. Einbezogen werden müssen aber alle, auch die Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit inklusive der Dienstleistungsbereiche. Die Gemeindefinanzsteuer muss am gesamten Kapitaleinsatz ausgerichtet sein. Wer in der Kommune Infrastruktur für seinen Betrieb nutzt, wird steuerpflichtig. Die Finanzausstattung der Kommunen wird durch die Gemeindefinanzsteuer erheblich verbessert.

Bei Bedarf kann sie darüber hinaus noch durch die Senkung der Gewerbesteuerumlage vergrößert werden. Die Kommunen behalten das Recht, den Hebesatz für diese Steuer autonom festzusetzen. Ein gesetzlicher Mindesthebesatz soll die kommunale Konkurrenz bei der Senkung der Hebesätze beschränken.

3. GEMEINDEFINANZEN STÄRKEN: KOMMUNALEN ANTEIL AM GESAMTSTEUER-AUFKOMMEN ERHÖHEN

Derzeit erhalten die Kommunen lediglich 12 Prozent des Gesamtsteueraufkommens. Angesichts der Bedeutung der kommunalen Aufgaben ist dieser Anteil auf 20 Prozent zu erhöhen. Der Kommunalanteil lag schon einmal bei 18 Prozent!

Die Wiedereinführung der Vermögensteuer und die Reform der Erbschaftsteuer ermöglicht diese Reform der Kommunenfinanzierung.

VERMÖGENSTEUER UND DIE NEUGESTALTUNG DER ERBSCHAFTSTEUER

1997 wurde die Vermögensteuer ausgesetzt. Derzeit liegt Deutschland bei der Besteuerung von Vermögen unterhalb der Hälfte des OECD-Durchschnitts. Einnahmen von 20 Milliarden Euro sind möglich und anstrengenswert. Die Vermögensteuer führt zu mehr Steuergerechtigkeit. Da die vermögenden Haushalte meist auch über hohe Einkommen verfügen, wird die Steuer nicht mit der Einkommensteuer verrechnet.

Wir fordern, große Erbschaften wesentlich höher als bisher zu besteuern. Die bisherigen Freibeträge reichen aus, um eine steuerfreie Vererbung normalen selbstgenutzten Wohneigentums an Ehegatten, Kinder oder Enkel zu ermöglichen. Die Begünstigung des Betriebsvermögens lehnen wir ab. Es liegen keine Erkenntnisse vor, dass die Erbschaftsteuer Betriebsübergänge an die folgende Generation behindert und Arbeitsplätze gekostet hätte. Möglichkeiten der Umgehung der Erbschaftsteuer durch Übertragung von Vermögen auf Stiftungen sind zu beseitigen. Insgesamt kann das Aufkommen der Erbschaftsteuer auf etwa zehn Milliarden Euro gesteigert werden.

4. MEHR LOKALE DEMOKRATIE WAGEN: BÜRGERINNEN-BUDGET EINFÜHREN

Heute berät und beschließt der Rat über den städtischen Haushalt. In Zuge einer Ausweitung der lokalen Demokratie fordern wir die Einführung von BürgerInnenbudgets, mit denen allen wahlberechtigten Einwohner der Städte und Gemeinde die Möglichkeit eingeräumt wird, über die Ausstellung des Gemeindehaushaltes mit zu beraten und zu beschließen. Transparenz wirkt dabei auch gegen Korruption und fragwürdige Prestigeprojekte.

5. MEHR LOKALE DEMOKRATIE WAGEN: STÄDTE- UND GEMEINDENKAMMER ETABLIEREN

Die Städte und Gemeinden haben in Deutschland keine Möglichkeit auf institutionellem Weg Einfluss auf Gesetzgebungsverfahren zu nehmen. Leistungsgesetze, die sie umsetzen müssen und Steuergesetze, von denen sie betroffen sind, werden in den Länderparlamenten, im Bundestag und im Bundesrat beraten und beschlossen, ohne dass die mehr tun können, als Stellungnahmen abzugeben. Wir fordern die Einrichtung einer Städte- und Gemeindekammer, die bei allen Gesetzen mitbestimmt, von denen Kommunen betroffen sind.

Aktiv werden!

Es muss keine verarmten Kommunen geben – wir leben in einem reichen Land mit einem großen Verteilungsproblem. Wir machen das „5-Punkte-Paket“ stark. Macht mit!

- Wirkt die Krise der Kommunen auch bei Euch? Bildet lokale Bündnisse! Sucht nach Menschen, die mit für den Erhalt von Hallenbädern, Bibliotheken, Theatern und des ÖPNV streiten wollen – und gewinnt sie für die Idee, gleich auch an die Ursachen der Misere zu gehen.
- Unterstützt das 5-Punkte-Paket für lebendige Städte und Gemeinden in Eurer Stadt!
- Ladet ReferentInnen ein, die das Paket vorstellen, verteilt den Flyer in Eurer Stadt.
- Ideen für kreative Aktionen findet Ihr auf der Internetseite: www.attac.de/kommunen oder auch auf der Seite <http://kreativerstrassenprotest.twoday.net>.

Wir wünschen uns viele gemeinsame Aktionen mit Künstlerinnen und Eltern, mit Bücherfreunden und Schwimmerinnen, mit Gewerkschaftern und kommunalen Beschäftigten. Wann spielt das erste Orchester auf einem Marktplatz zum Protest auf? Wo umzingeln Badekinder mit Schwimmflügeln ihr Hallenbad?

Wer oder was ist Attac?

Attac ist ein breites Netzwerk, das sich den Sachzwängen der Globalisierung widersetzt. In über 30 Ländern haben sich Menschen und Organisationen aus der Umwelt-, Friedens- und internationalen Solidaritätsbewegung, aus Kirchen und Gewerkschaften zu Attac zusammengeschlossen. Allein in Deutschland machen schon über 23 000 Menschen mit. Attac streitet für ein faires Welthandelssystem, gegen die Übermacht der Finanzmärkte und gegen die lokale und weltweite Verteilungs-Ungerechtigkeit. Das Netzwerk entwickelt Alternativen für ein solidarisches und umweltverträgliches Miteinander. Attac steht für vielfältige und kreative Aktionsformen: von Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen bis zum Protest bei internationalen Gipfeln oder spektakulären Aktionen des zivilen Ungehorsams. Zum Thema Kommunen arbeitet etliche Gruppen vor Ort und eine bundesweite Arbeitsgruppe. Kontakt: www.attac.de/kommunen

Weitere Adressen und AnsprechpartnerInnen finden sich im Internet unter www.attac.de oder können telefonisch im Bundesbüro erfragt werden:

Attac, Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt/M. – Tel.: 069-900 281-10, Fax: -99 – info@attac.de